



An den Grossen Rat

17.5282.02

BVD/P175282

Basel, 28. September 2017

Regierungsratsbeschluss vom 27. September 2017

Interpellation Nr. 91 Aeneas Wanner betreffend „Veloverleih“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom [Datum eingeben]):

In zahlreichen europäischen Städten gibt es heute einen automatischen Veloverleih (z.B. Barcelona, Berlin, London, Paris). Das gilt auch weltweit, in Asien boomt Bikessharing. Es gibt stationäre Systeme mit festen Dockingstationen. Daneben existieren free floating-Systeme in Kombination mit Smartphone-Apps (ohne Abstellstationen, in China z.B. sehr beliebt). In Asien gibt es sehr grosse solche Verleiher (Ofo in China z.B. mit rund 3 Mio. Sharingbikes). In Bern und Zürich werden nun ebenfalls Bikessharing-Systeme eingeführt (stationäres System mit Abstellstationen). Der Fuhrpark umfasst in Bern 2'400 Velos an rund 200 Verleihstationen, alle 300-400 Meter stehen Leihvelos zur Verfügung. Ähnlich wird es in Zürich aussehen. Beide Systeme werden von Publibike, einer Tochter von Postauto, aufgebaut und betrieben – zum Nulltarif! Publibike betreibt die Systeme auf eigene Rechnung. Beiden Städten entstehen also durch das Bikessharing praktisch keine Kosten.

In Bern, Zürich und Basel will nun auch ein Verleiher (O-Bike) im grossen Stil im free-floating-System Velos verleihen, wie der Presse zu entnehmen ist (bzBasel). Gratis für die Stadt wohlverstanden, die Betreiber finanzieren sich über den Verleih und Werbeeinnahmen selbst. Offenbar sind in der Schweiz bereits andere solche free-floating-Verleiher aktiv, wie ebenfalls der Presse zu entnehmen ist (NZZ). Die Städte sind nun offensichtlich herausgefordert, sich zu positionieren, insbesondere Zürich und Bern, die kürzlich das Veloverleihsystem "beschafft" haben. Zürich hat den Veloverleih von O-Bike dem Vernehmen nach bereits bewilligt.

Die ganze Situation wirft Fragen auf, die der Interpellant gerne der Regierung stellen möchte:

- Warum ist die Stadt Basel bislang nicht aktiv in Erscheinung getreten und hat nicht wie Bern und Zürich ein Verleihsystem zum "Nulltarif" beschafft?
- Warum hat der Regierungsrat dem gratis anbietenden Bikessharing-Unternehmen O-Bike die Bewilligung verweigert?
- Ist der Regierungsrat bereit, auf die günstige Situation zu reagieren, dass Veloverleihsysteme gratis angeboten werden, und wird er möglichst bald ein/mehrere Veloverleihsystem/e für die Stadt ermöglichen?
- Ist er bereit, dabei Konkurrenz zwischen Anbietern zuzulassen? Unter welchen Rahmenbedingungen und grob skizzierten Auflagen an die Anbieter?
- Was wird er konkret dazu unternehmen?

Aeneas Wanner

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitung

Der Regierungsrat hat bereits in seiner Beantwortung des Anzugs Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öffentliches Veloverleihsystem vom 30. November 2016 über die Thematik eines öffentlichen Veloverleihsystems für Basel berichtet und sein Vorgehen geschildert. Er möchte den Aufbau und Betrieb eines öffentlichen Veloverleihsystems ausschreiben und an einen Gesamtdienstleister vergeben. Aufgrund der laufenden Beschwerdeverfahren gegen die Aus-

schreibungsentscheide in Zürich oder Bern möchte der Regierungsrat bis zu den definitiven Entscheiden durch das Bundesgericht mit dem Ausschreibungsverfahren zuwarten.

2. Zu den einzelnen Fragen

- Warum ist die Stadt Basel bislang nicht aktiv in Erscheinung getreten und hat nicht wie Bern und Zürich ein Verleihsystem zum "Nulltarif" beschafft?

Wie in der eingangs erwähnten Anzugsbeantwortung erläutert, befürwortet die Regierung ein öffentliches Veloverleihsystem für Basel. Hierzu soll wie in Zürich oder Bern eine Gesamtdienstleistungsausschreibung durchgeführt werden. Die rechtskräftigen Urteile zu den laufenden Verfahren in Zürich oder Bern sollen allerdings abgewartet werden, damit die Erkenntnisse aus diesen Verfahren berücksichtigt und so allenfalls ähnliche Rechtsstreitigkeiten verhindert werden können.

- Warum hat der Regierungsrat dem gratis anbietenden Bikesharing-Unternehmen O-Bike die Bewilligung verweigert?

Das Betreiben eines Veloverleihs im öffentlichen Raum stellt eine Nutzung zu Sonderzwecken gemäss § 10 Abs. 2 NöRG dar und ist dementsprechend nach § 10 Abs. 1 bewilligungspflichtig. Eine Nutzung ist dann als Nutzung zu Sonderzwecken zu qualifizieren, wenn sie nicht mehr bestimmungsgemäss oder gemeinverträglich ist. Im Falle eines Veloverleihs ist die Nutzung zwar bestimmungsgemäss – Velos dürfen im öffentlichen Raum an den dafür vorgesehenen Orten abgestellt werden –, doch ist die Nutzung nicht mehr gemeinverträglich, da das Abstellen ab einer gewissen Anzahl Velos auf Veloparkplätzen im öffentlichen Raum andere Nutzende einschränkt. Es ist anzunehmen, dass es viele Interessenten für das Anbieten eines Veloverleihsystems gibt und entsprechend eine grosse Nachfrage nach der Nutzung der Allmend für diesen Zweck besteht. Deshalb ist eine Ausschreibung gemäss § 38 NöRG angezeigt. Die Regierung hat beschlossen, den Aufbau und Betrieb eines öffentlichen Veloverleihsystems mit einer Gesamtdienstleistungsausschreibung zu vergeben. Die Prüfung eines Gesuchs einzelner Anbieter eines Veloverleihsystems ist deshalb nicht sinnvoll.

- Ist der Regierungsrat bereit, auf die günstige Situation zu reagieren, dass Veloverleihsysteme gratis angeboten werden, und wird er möglichst bald ein/mehrere Veloverleihsystem/e für die Stadt ermöglichen?

Siehe Antwort zu Frage 1.

- Ist er bereit, dabei Konkurrenz zwischen Anbietern zuzulassen? Unter welchen Rahmenbedingungen und grob skizzierten Auflagen an die Anbieter?

Die Regierung erachtet die Zulassung mehrerer Anbieter von Veloverleihsystemen als wenig kundenfreundlich, da diese jeweils über eigene Zugangsportale und jeweils pro Anbieter betrachtet über eine schlechtere Abdeckung verfügen als ein einziger Gesamtanbieter. Zudem besteht insbesondere bei sogenannten free-floating Systemen die Gefahr einer Verschlechterung der Situation für den Fuss- und Veloverkehr, wenn die Velos auf Trottoirs und an engen Stellen sowie an bereits jetzt hoch frequentierten und stark genutzten Orten (Innenstadt, Bahnhöfe) abgestellt werden und bestehende Velofelder überfüllt werden. Die Behebung solcher Beeinträchtigungen durch die Anbieter und die Kontrolle durch die Stadt wären mit grossem personellem und damit finanziellem Aufwand verbunden. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass dies den Erfolg eines flächendeckenden städtischen Veloverleihsystems gefährden würde.

Die in der Interpellation genannten Städte mit den Gratisanbietern eines free-floating Veloverleihsystems bekunden teilweise grosse Mühe und Probleme, weil Wartung und Unterhalt der Velos von den Anbietern vernachlässigt werden. Diese Systeme werden von anderen Städten unter anderem aufgrund der übermässigen Belegung der öffentlichen Veloparkflächen auch nur eingeschränkt oder gar nicht zugelassen.

- Was wird er konkret dazu unternehmen?

Die Regierung möchte am kommunizierten Vorgehen festhalten und den Aufbau und Betrieb eines Veloverleihsystems mittels einer Gesamtdienstleisterausschreibung ausschreiben, um ein kundenfreundliches sowie betrieblich funktionierendes flächendeckendes System zu erhalten.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin